

Abschottung um jeden Preis

Geflüchtete auf griechischer Insel Lesbos und in Bosnien schutzlos dem Winter ausgesetzt. EU sucht sich reinzuwaschen, BRD spielt auf Zeit. **Von Ina Sembdner**

Durchnächste Sommerzelle, keine Generatoren für den Betrieb der rund 800 Heizungen, 50 Duschen für mehr als 7.000 Menschen im Geflüchtetenlager Kara Tepe 2 auf der griechischen Insel Lesbos und seit Tagen Temperaturen um Null und Schneefall. Das Provisorium wurde im vergangenen Jahr auf einem früheren Truppenübungsplatz errichtet, nachdem das Lager Moria durch einen Brand zerstört worden war. War die Situation der Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisenländern schon vorher unerträglich, ist sie durch die derzeitigen Wetterverhältnisse akut lebensbedrohlich geworden, zumal für die rund 30 Prozent Kinder unter den Schutzsuchenden.

Erfahren soll man aus Sicht der die Situation verantwortenden EU und der als ihr durchaus freiwilliger Handlanger agierenden rechten Regierung in Athen unter Kyriakos Mitsotakis nichts. Bildmaterial muss von den Bewohnern rausgeschmuggelt werden, da es die griechischen Behörden unter Strafandrohung verboten haben, über die Zustände im Lager zu berichten. Zudem stehen die Menschen seit Wochen unter Lockdown.

Ramona Lenz, Referentin für Flucht und Migration bei der Organisation Medico International kritisierte am Mittwoch gegenüber jW, die Menschen seien »bewusst schutzlos lebensbedrohlichen Witterungsverhältnissen ausgeliefert« worden, das Lager sei nicht auf die vorhersehbaren Wetterbedingungen vorbereitet worden. Ein deutlich anderes Bild zeichnet indes die im Rahmen des von der EU beschlossenen Migrationspaktes installierte »Taskforce für Lesbos«. Wie die Welt am Mittwoch aus einem der Zeitung vorliegenden Bericht der Taskforce an die Bundesregierung zitiert, sei Kara Tepe »in keiner Hinsicht« mit Moria vergleichbar: »Die Bedingungen sind ungleich besser.«

Lenz dazu: »Wenn diese Taskforce nun behauptet, es gebe keine Rattenbisse in den griechischen Hotspots, die Zelte seien winterfest und mit festem Boden versehen worden, der gegen Wasser schützt, und die Menschen könnten heizen, ist das eine bewusst falsche Darstellung. Das bestätigen unsere Partner auf Lesbos.« Die Geflüchteten sorgten selbst im Rahmen ihrer Möglichkeiten



Ob Lesbos oder Lipa: Geflüchtete leben unter menschenrechtsverachtenden Bedingungen an den EU-Außengrenzen (8. Januar)

für Verbesserungen der Lebensbedingungen im Lager. »Die angeblich zur Verfügung stehenden Heizungen können nicht betrieben werden oder stehen in irgendwelchen Lagerräumen.« Der Bürgermeister der Inselhauptstadt Mytilini habe am Wochenende Hallen am Hafen beheizt und für obdachlose Inselbewohner geöffnet, das Lager stehe jedoch weiterhin unter Lockdown, so Lenz.

Bedroht sind vor allem die Kinder. Die Kinderpsychologin und Leiterin des psychologischen Programms von Ärzten ohne Grenzen auf Lesbos, Katrin Glatz-Brubakk, erklärte vergangenen Mittwoch gegenüber der österreichischen Nachrichtenagentur APA, Achtjährige versuchten sich umzubringen, »weil sie es einfach unter diesen Bedingungen nicht mehr aushalten«. Diese Kinder hätten trotz ihrer Fluchterfahrungen zuvor keine psychischen Probleme gehabt, 90 Prozent von ihnen hätten diese erst entwickelt, seit sie auf Lesbos seien. Für die Kinder gebe es, so die Psychologin, keine Möglichkeiten, sich zu beschäftigen – eingesperrt in über-

fluteten und unterkühlten Zelten. Das Lager verlassen dürften nur jene, die belegen könnten, einen Arzt-, Anwalts-, oder Behördentermin zu haben. Kurze Einkaufsgänge seien erlaubt, allerdings nicht jeden Tag und jeweils nur für ein Familienmitglied

Weiter nördlich harren unterdessen rund 1.000 Geflüchtete im bosnischen Lipa bei Minusgraden in einem Provisorium ohne Strom und fließend Wasser aus, während Tausende weitere ganz ohne Schutz außerhalb von Lagern in dem EU-Grensvorposten leben müssen. Am 23. Dezember war das Lager Lipa im Nordwesten Bosnien-Herzegowinas nahe der kroatischen Grenze vollständig abgebrannt. Auch dort sollen Journalisten an der Berichterstattung gehindert werden. Am Mittwoch kündigte nun EU-Innenkommissarin Ylva Johansson an, im Februar (!) nach Lipa reisen zu wollen.

So lange wollen die Gegner des EU-Grenzregimes nicht warten. Am Mittwoch forderte ein Bündnis aus rund 140 Hilfsorganisationen die sofortige Einleitung »unbürokratischer Evakuierungs-

und Rettungsmaßnahmen«. Insgesamt seien rund 3.000 Menschen weiterhin gezwungen, »ohne winterfeste Unterbringung« auszuharren. Zudem verlangen sie ein Ende gewaltsamer illegaler »Pushbacks« an den EU-Außengrenzen sowie die Einstellung der bundesdeutschen Unterstützung für die kroatische Grenzpolizei. Für den 30. Januar wird zu einem europaweiten Aktionstag aufgerufen.

Die Bundesregierung zeigt sich indes weiter unbeeindruckt. Von der Einhaltung der am 11. September 2020 von Berlin gemachten Zusage, 1.553 Menschen im Familienverbund, die in Griechenland bereits als Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte anerkannt wurden, aus Kara Tepe 2 aufzunehmen, ist man noch weit entfernt. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gegenüber jW konnten bis Mittwoch erst 291 Menschen das Lager in Richtung Deutschland verlassen. So viele waren es laut einer damaligen Anfrage bereits am 10. Dezember. Man arbeite »mit Hochdruck und Umsicht« daran, »zeitnah eine Einreise« zu ermöglichen.

Hintergrund Das Grenzregime in Zahlen

Das Jahr ist erst rund zwei Wochen alt, und allein auf der sogenannten zentralen Mittelmeerroute sind bereits mindestens 19 Menschen bei dem Versuch, vermeintlich sicheres EU-Gebiet zu erreichen, gestorben. Dies berichtete die Seenotrettungsorganisation SOS Mediterranée am Mittwoch. Demnach sei im zentralen Mittelmeer in dieser Zeit kein Such- und Rettungsschiff unterwegs gewesen.

Fünf Seenotrettungsschiffe waren monatelang von den Behörden daran gehindert worden, Menschen auf dem offenen Meer zu retten. Die »Ocean Viking« setzte am 11. Januar vom französischen Marseille aus nach fünf Monaten Blockade Kurs auf das zentrale Mittelmeer, die »Open Arms« hat ihre Quarantänezeit nach einer Rettungsaktion um den Jahreswechsel, bei der 265 Bootsflüchtlinge an Bord genommen worden waren, am Montag beendet. Jetzt muss die Crew ausgewechselt und der Proviant aufgefüllt werden.

Nach Recherchen des UN-Nachrichtendienstes The New Humanitarian haben im vergangenen Jahr 36.400 Menschen das Mittelmeer auf der zentralen Route überquert. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wurden im gleichen Zeitraum 11.891 Menschen von der mit EU-Geld hochgerüsteten sogenannten Libyschen Küstenwache gestoppt und in das Kriegsland und damit in dortige Internierungslager zurückgebracht. Am Dienstag konnte die Organisation Seebücke eine seltene positive Nachricht vermelden: Nach drei Jahren wurden alle Geflüchteten aus der Haftanstalt Sintan nahe der Hauptstadt Tripolis entlassen. Während dieser Zeit seien 25 Inhaftierte gestorben.

Schätzungen der IOM gehen von mindestens 977 Toten auf dieser Route im vergangenen Jahr aus, für das gesamte Mittelmeer sind es 1.366. »Nicht mitgezählt jene, die in unsichtbaren Schiffswracks umgekommen sind.«

(si)

Alleingelassen und angefeindet

Geflüchtete auf Kanaren im Hungerstreik. Pogromartige Stimmung gegen Ankommende

Am Sonnabend sind 176 Flüchtlinge, größtenteils aus dem Senegal, auf der Kanareninsel Teneriffa in den Hungerstreik getreten. Gegenüber der Nachrichtenagentur Europa Press versicherten einige von ihnen, dass sie gültige Reisepässe sowie Verwandte auf dem spanischen Festland hätten. Obwohl sie im Besitz der notwendigen Dokumente seien, halte die Polizei sie regelmäßig an und hindere sie seit drei Monaten an der Weiterreise auf die Iberische Halbinsel.

Wie insgesamt rund 7.000 Flüchtlinge sind auch die Hungerstreikenden in Hotels untergebracht. Seit Monaten fehlt es angesichts der steigenden Anzahl auf den kanarischen Inseln ankommender Menschen an Beherbergungsplätzen. Erste Zahlen des neuen Jahres deuten darauf hin, dass sich die Situation nicht

bald entschärfen wird. Bis vergangenen Freitag kamen 1.069 Flüchtlingen in 28 schiffbrüchigen Booten auf den Kanaren an, das sind doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 2020. Im gesamten vergangenen Jahr erreichten rund 23.000 Menschen, vom afrikanischen Festland kommend, die Inselgruppe. Aber auch an anderen Grenzen Spaniens ist die Situation weiter angespannt. Am Dienstag versuchten rund 150 Flüchtlinge, den Grenzzaun der spanischen Exklave Melilla in Marokko zu überwinden, 87 von ihnen gelang die Flucht. Die anderen Flüchtenden wurden von marokkanischen und spanischen Einsatzkräften aufgehalten. Dabei verletzten sich neun von ihnen.

Am Dienstag verteidigte der spanische Abgeordnete Juan Fernando López Aguilar vom sozialdemokratischen

PSOE das Vorgehen der Madrider Regierung. Trotz der 43 Millionen Euro Nothilfe aus Brüssel sei »die Aufnahmekapazität der Inseln sehr begrenzt«. Angesichts dessen forderte López Aguilar ein auf »verpflichtender Solidarität« basierendes System der Verteilung der an den EU-Außengrenzen ankommenden Flüchtlinge. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson erklärte, »die Situation auf den Inseln« sei zwar »sehr besorgniserregend«. Zu ihrer Verbesserung setzt sie jedoch auf Kräfte der EU-Grenzbehörde Frontex.

Versuchte der Großteil der aus Afrika kommenden Flüchtlinge bis vor kurzem noch, über das Mittelmeer in die EU zu gelangen, ist dieser Weg infolge der schärfer werdenden Überwachung immer schwerer zu passieren. Daher wählen immer mehr Menschen die ge-

fährlichere Route über den Atlantik zu den Kanarischen Inseln. Angeblich um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen, erließ die spanische Regierung eine Regelung, die es den dort festsitzenden Flüchtlingen verbietet, auf das Festland überzusiedeln.

Mittlerweile sind die Inseln mit der immer weiter wachsenden Zahl an Hilfesuchenden komplett überfordert. Das versuchen Rechte für sich zu nutzen. In den sozialen Medien werden Falschinformationen zu den Flüchtlingen verbreitet, die eine pogromartige Stimmung fördern. Am Dienstag erklärte der Entsende der spanischen Regierung für die Kanaren, Anselmo Pestana vom PSOE, dass auf Gran Canaria die Polizeipräsenz erhöht werde. Zwar zeigten die Statistiken, dass die Kriminalität dort in letzter Zeit nicht zu-

, sondern im Gegenteil abgenommen habe. Man wolle jedoch »in Hinblick auf die Sorgen« von Anwohnern mehr Präsenz zeigen.

Hinzu kommt: Die Kanaren sind besonders stark von der Coronakrise betroffen, keine Region Spaniens litt so sehr unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Im vergangenen Jahr verloren rund 19 Prozent der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz. Besonders betroffen ist der Tourismussektor: In ihm waren es rund 78.900 Angestellte. Zudem ist das Virus nun auch auf der Inselgruppe selbst auf dem Vormarsch. Nachdem die Region monatelang nur geringe Infektionszahlen verzeichnet hatte, liegt die Siebentagesinzidenz mittlerweile bei rund 95 nachgewiesenen Fällen pro 100.000 Einwohnern.

Carmela Negrete